

Den Mitgliedern des
AfBJS

LANDESELTERNVERTRETUNG THÜRINGEN



www.lev-thueringen.de

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/3033

THÜR. LANDTAG POST

09.11.2023 17:24

287/41 2023

zu Drs. 7/8644NF

Stellungnahme der Thüringer Landeselternvertretung zur Anhörung
Drucksache 7/8644 – Neufassung

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Landeselternvertretung Thüringen bedanke ich mich für die Möglichkeit, im demokratischen Anhörungsverfahren zu o.g. Gesetz Stellung nehmen zu können.

1. Elternmitwirkung

Um die Elternmitwirkung zu stärken und die Elternarbeit kontinuierlicher zu gestalten und breiter aufzustellen, regen wir an, die Wahlen in den Kindergärten, auf Kreis- und Landesebene wie im Bereich Schule zu organisieren und durchzuführen.

2. Übergang von Kindergarten zur Schule

Um nach einer umfassenden Diagnostik den pädagogischen Fachkräften und den Kindern mehr Zeit zur Arbeit einzuräumen, empfehlen wir, die Vorschuluntersuchung in den Kitas stringenter umzusetzen. Bei einer individuelleren Vorbereitung im Kindergarten kann der Einstieg in die Schule besser gelingen. Eltern müssen hier unbedingt einbezogen werden. Begründung: Verschiedene Studien legen große Defizite in den basalen Kompetenzen der Kinder offen. Die meisten lassen sich auf die Phase der frühkindlichen Bildung zurückverfolgen. Die Kindergärten und Grundschulen allein können jedoch nicht das abfedern, was in den Elternhäusern versäumt wird. Darum halten wir eine frühzeitige unterstützende Diagnostik sowie Elternbildung für notwendig.

3. Berechnung der Beiträge

Insofern weiterhin Kita-Beiträge zu zahlen sind, regen wir eine soziale Staffelung nach Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder an.

4. Inklusion

Unabhängig vom Finanzierungsmodell sind Inklusionsplätze mitzudenken, vorzuhalten und auskömmlich zu finanzieren bzw. auszustatten.

Für die parlamentarische Weiterarbeit wünschen wir uns gute und objektive Entscheidungen für die Kinder in Thüringen. Bitte bedenken Sie das bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Verantwortung und stellen Sie eventuelle politische Interessen nicht über das Wohl der Kinder.